



REGIERUNGSERKLÄRUNG ANLÄSSLICH DES INTERNATIONALEN TAGES GEGEN HOMOPHOBIE, BIPHOBIE, INTERPHOBIE UND TRANSPHOBIE (IDAHOBIT) 2021

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie, Biphobie, Interphobie und Transphobie (IDAHOBIT), der jedes Jahr am 17. Mai stattfindet, möchte die Regierung ihr Engagement für die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgeschlechtlichen und intergeschlechtlichen (LGBTI) Personen bekräftigen.

Der Kampf gegen jegliche Form von Diskriminierung steht auch in Krisenzeiten ganz oben auf der Prioritätenliste der Regierung. Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur Förderung der Rechte von LGBTI-Personen, der von der Regierung im Jahr 2018 angenommen wurde, ist auf nationaler Ebene der Fahrplan um die Gleichberechtigung von LGBTI-Personen zu erreichen. Der Aktionsplan verfolgt einen umfassenden Ansatz und behandelt die Themen Bildung, Beschäftigung und Arbeit, Gesundheit, Familie, Aufnahme und Integration, Diskriminierung, Hassverbrechen und Hassreden; gleiche Rechte für transgeschlechtliche Personen und gleiche Rechte für intergeschlechtliche Personen.

Luxemburg setzt sich auch weiterhin dafür ein, die Rechte von LGBTI-Personen auf europäischer und internationaler Ebene zu fördern, sowohl innerhalb der Europäischen Union, des Europarats, der Vereinten Nationen als auch in der Koalition für gleiche Rechte.

Luxemburg unterstützt uneingeschränkt die erste EU-Strategie für die Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgeschlechtlichen, nichtbinären, intergeschlechtlichen und queeren (LGBTIQ) Personen, die von der Europäischen Kommission im November 2020 vorgestellt wurde. Die Strategie umfasst eine Reihe gezielter Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung, zur Gewährleistung der Sicherheit von LGBTIQ-Personen, zum Aufbau integrativer Gesellschaften und zur Förderung der Gleichstellung von LGBTIQ-Personen auf internationalem Niveau. Diese Strategie wurde zu einem Zeitpunkt angenommen, an dem die Rechte von LGBTIQ-Personen in einigen europäischen Ländern zunehmend unter Druck geraten.

Luxemburg verpflichtet sich, die Bemühungen der Europäischen Union zu unterstützen und den zwischenstaatlichen Dialog wie den informellen Austausch, der im Dezember letzten Jahres von der Ministerin für Familie und Integration Corinne Cahen am Rande des Rates der Europäischen Union "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher - EPSCO" eingeleitet wurde, fortzusetzen.

*Dies ist eine Übersetzung des französischen Originaltextes DECLARATION DU GOUVERNEMENT A L'OCCASION DE LA JOURNEE INTERNATIONALE CONTRE L'HOMOPHOBIE, LA BIPHOBIE, L'INTERPHOBIE ET LA TRANSPHOBIE (IDAHOBIT) 2021, der am 19. Mai 2021 von der Regierung angenommen wurde.



Luxemburg unterstreicht, dass die Gleichstellung von LGBTI-Personen und die Nichtdiskriminierung Grundwerte der Europäischen Union sind. Jeder Mensch muss sich frei fühlen und in Frieden und Sicherheit leben können, ohne Angst vor Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder einer Variante der geschlechtsspezifischen Merkmale.
